Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1917 Nr. 42 — Jahrgang 210

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.35 M. frei. Durch die Post bezogen 4.50 M. für das Vierteljahr, monatlich 1.50 M. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreigehnmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Fremdenblatt), Illustrierte Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustr. Modenbeilage, Sächsische Frauenzeitschriften, Kinderbeilage (für die junge Welt)

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfennig, Reklamen das Zeilen des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20612

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610. Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. Simon, Halle

Mittwoch, 24. Januar 1917

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Wilsons Friedensbotschaft an den Senat

Ein „Friede ohne Sieg"

Neue Friedensbotschaft Wilsons

Berlin, 23. Jan. Den amerikanischen Botschaften bei den Großmächten ging der Text der Botschaft zu, die Präsident Wilson gestern an den Senat gerichtet hat. Sie beschäftigt sich mit den Bedingungen, die es Amerika ermöglichen würden, einem künftigen Friedensbund beizutreten. Wert und fähig dauernd erhalten zu werden, ist nach Ansicht des Präsidenten lediglich ein Friede ohne Sieg, ein Friede unter Gleichen. Als unerläßliche Bedingungen für die Dauer des Friedens erklärt der Präsident außer der Gleichberechtigung der Nationen die Ableitung aller Regierungsmacht aus der Zustimmung der Regierten, Ausgang zu den großen Heeresstraßen der See für alle großen Völker, Freiheit der Meere und Beschränkungen der Rüstungen zu Lande und zu Wasser.

*

Der Wortlaut der Botschaft

Wien, 28. Jan. (Meldung des k. k. Korr.-Bureaus.) Nach einer Meldung der hiesigen amerikanischen Botschaft richtete Wilson am gestrigen Tage an den Senat der Vereinigten Staaten betreffend die Friedensfrage nachstehende Botschaft:

Meine Herren vom Senat! Am 18. Dezember des vergangenen Jahres habe ich an die Regierungen der gegenwärtig kriegführenden Staaten eine gleichlautende Note gerichtet, in der sie ersucht wurden, die Bedingungen, unter denen sie den Friedenschluß für möglich hielten, genauer festzustellen, als dies bis dahin von irgend einer kriegführenden Gruppe geschehen war. Ich sprach im Namen der Menschheit und der Rechte aller neutralen Staaten, wie unser eigener einer ist, deren vitalste Interessen zum größten Teil durch den Krieg fortwährend gefährdet werden. Die Mittelmächte erwiderten in einer Note, die einfach besagt, daß sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu einer Konferenz zusammenzutreten, um die Friedensbedingungen zu erörtern. Die Mächte der Entente haben viel ausführlicher geantwortet und wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit genügender Bestimmtheit, um Einzelfragen einzubeziehen, die Vereinbarungen, Bürgschaften und Wiederherstellungen (acts of Reparation) angegeben sind, die ihnen als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen. Wir sind dadurch der endgültigen Erörterung des Friedens, der den gegenwärtigen Krieg beenden soll, um so viel näher gekommen. Wir befinden uns um so viel näher der Erörterung des internationalen Kongresses, das nächster die Welt zur Beobachtung ihrer Verpflichtungen anhalten muß. In jeder Erörterung über den Frieden, der diesen Krieg beenden muß, wird es als zweifellos hingenommen, daß diesem Frieden irgend ein bestimmtes Einvernehmen der Mächte (concert of powers) folgen muß, welches es wirklich unmöglich machen wird, daß irgend eine Katastrophe, wie die gegenwärtige, jemals wieder über uns hereinbricht. Jeder Menschenfreund, jeder vernünftige und denkende Mann muß das als ausgemacht ansehen. Ich habe diese Gelegenheit, mich an Sie zu wenden, gesucht, weil ich es Ihnen, als dem mir zur endgültigen Feststellung unserer internationalen Verpflichtungen beigegebenen Rat schuldig zu sein glaubte, Ihnen rückhaltlos die Gedanken und die Absichten zu enthüllen, welche in meinem Geiste Gestalt angenommen haben bezüglich der Verpflichtung unserer Regierung, in kommenden Tagen, wo es notwendig sein wird, die Grundmauern des Friedens unter den Völkerschaften nach einem neuen Plan zu regeln. Es ist undenkbar, daß die neutralen Völker oder die Vereinigten Staaten bei diesem großen Unternehmen keine Rolle spielen sollten. Die Teilnahme an solchem Dienst wird die Gelegenheit sein, für welche unser Volk sich schon durch Prinzipien und Zwecke seiner Politik und die bewährte Praxis seiner Regierung seit jeher vorzubereiten gesucht hat, seit den Tagen, da es eine neue Nation begründete in der hohen und ehrenwerten Hoffnung, daß diese in all ihrem Sein und Tun der Menschheit den Weg zur Freiheit zeigen möge.,

Unser Volk ist es sich selbst und den anderen Nationen der Welt schuldig, die Bedingungen festzustellen, unter denen es sich imstande fühlen wird, Hilfe zu bringen. Dieser Dienst besteht in nicht weniger als folgendem: Ihr Gewicht und ihre Macht dazu dem Gewicht und der Kraft anderer Nationen hinzuzufügen, um Frieden und Recht auf der ganzen Welt zu sichern. Solch eine Regelung kann jetzt nicht mehr länger verschoben werden. Es ist in Ordnung, daß, bevor es dazu kommt, unsere Regierung freimütig die Bedingungen formuliere, unter denen sie sich berechtigt hält, von unserem Volk die Zustimmung zum formellen und feierlichen Beitritt zu einer Friedensliga zu verlangen. Es ist mein Zweck, die Feststellung dieser Bedingungen zu versuchen. Zuerst muß der gegenwärtige Krieg beendet werden.

Aber wir sind so der Gerechtigkeit und aufrichtigen Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung schuldig zu sagen, daß es, insoweit unsere Teilnahme an der Verbürgung des künftigen Friedens in Frage kommt, einen großen Unterschied macht, auf welchem Wege und unter welchen Bedingungen dieser Frieden beendet wird. Die Verträge und Uebereinkommen, die ihn beenden, müssen Bedingungen verwirklichen, die einen Frieden schaffen, welcher wert ist, verbürgt zu werden, einen Frieden, der den Beifall der Menschheit erringen wird und nicht nur einen Frieden, der den Einzelinteressen und augenblicklichen Zwecken der beteiligten Staaten dienen wird. Wir sollen keine Stimme bei der Feststellung dessen haben, was diese Bedingungen sein sollen, aber wir sollen — ich bin davon überzeugt — eine Stimme haben bei der Festsetzung. Ob diese Bedingungen von Bürgen eines allumfassenden Bundes (universal covenant) bleibend gemacht werden oder nicht, und unser Urteil über dasjenige, was eine grundlegende und wesentliche Bedingung der Beständigkeit ist, sollte jetzt und nicht nachher ausgesprochen werden, wenn es zu spät sein könnte. Kein auf dem Zusammenwirken beruhender Friedensbund, der nicht die Völker der neuen Welt in sich schließt, kann ausreichen, um die Zukunft vor dem Krieg zu sichern, und doch gibt es nur eine Art Frieden, dessen Verbürgung die Völker von Amerika sich zugesellen könnten. Die Elemente dieses Friedens müssen Elemente sein, welche das Vertrauen der amerikanischen Regierung verdienen und ihren Prinzipien Genüge leisten, Elemente, welche zu dem politischen Glauben und den praktischen Ueberzeugungen stimmen, die die Völker von Amerika sich zu eigen gemacht und zu verteidigen unternommen haben.

Ich will nicht sagen, daß irgend eine amerikanische Regierung irgendwie sich welchen Friedensbedingungen entgegenstellen würde, auf welche die gegenwärtigen kriegführenden Regierungen sich einigen möchten, noch daß sie es versuchen würden, solche Vereinbarungen, wenn sie geschlossen sind, umzustoßen, von welcher Art sie auch immer sein mögen. Ich halte es lediglich für ausgemacht, daß bloße Friedensvereinbarungen zwischen den Kriegführenden, nicht einmal die Kriegführenden selbst, befriedigen werden. Bloße Vereinbarungen dürften den Frieden nicht sichern. Es wird unbedingt nötig sein, daß eine Kraft geschaffen wird, die imstande ist, die Dauerhaftigkeit der Abmachungen zu verbürgen, eine Kraft, welche größer als diejenige irgend einer der jetzt in Mitleidenschaft gezogenen Nationen oder irgend eines bisher gebildeten oder geplanten Bündnisses ist, sodaß keine Nation und keine wahrscheinliche Vereinigung von Nationen ihr die Stirn bieten oder ihr widerstehen könnte. Wenn der jetzt zu schließende Friede dauerhaft sein soll, so muß es ein Friede sein, der gesichert erscheint durch eine organisatorische Kraft der Menschheit. Von den Bestimmungen des unmittelbaren Friedens, auf den man sich geeinigt haben wird, wird es abhängen, ob es ein Friede ist, für den eine solche Bürgschaft geschaffen werden kann. Die Frage von der für die Zukunft Friede und Glück der Menschheit in ihrer Länge abhängt, ist die: Ist der gegenwärtige Krieg nur ein Kampf um einen gerechten und sicheren Frieden oder nur für ein neues Gleichgewicht der Kräfte (balance of Powers)? Wenn es nur ein Kampf für ein neues Gleichgewicht ist, wer soll, wer kann diese Stabilität der neuen Vereinbarung verbürgen? Nur ein ruhiges Europa kann dieses.

Beide kriegführenden Völkergruppen haben unzweideutig erklärt, ihre Gegner nicht vernichten zu wollen. Nach unserer Meinung ist in diesen Versicherungen vor allem begriffen, daß es Friede werden muß, ohne Sieg: denn ein Sieg würde einen dem Unterlegenen aufgezwungenen Frieden bedeuten und als Demütigung, Härte und unerläßliches Opfer betrachtet werden. Nur ein Friede unter Gleichen kann Dauer haben. Ein dauerhafter Friede muß den Grundsatz anerkennen, daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten und daß es kein Recht gibt, Völker von Machthaber zu Machthaber abzutreten, als wenn sie Eigentum wären. Ein dauerhafter Friede muß die unverletzliche Sicherheit des Lebens der individuellen und sozialen Entwicklung aller Völker gewährleisten. Die Freiheit der Meere ist eine Bedingung für den Frieden und die Zusammenarbeit ebenso wie der ununterbrochene, frei und unbedrohte Verkehr von Volk zu Volk. Das Problem der Freiheit der Meere ist mit der Begrenzung der maritimen Rüstungen und der Zusammenarbeit der Flotten der Welt bei der Sicherung der Meere eng verknüpft. Auch die Fragen der Begrenzung der Landarmee müssen ohne Voreingenommenheit im Geiste wirklichen Entgegenkommens gelöst werden. Die Rüstungsfrage ist am unmittelbarsten mit dem künftigen Geschick der Völker verknüpft. Die Botschaft schließt:

Ich schlage mithin vor, es mögen sich die Völker einmütig die Doktrin des Präsidenten Monroe zu eigen machen, daß kein Volk danach streben sollte, seine Regierungsform auf irgend ein anderes Volk oder eine andere Nation zu erstrecken, sondern daß es vielmehr jedem Volk, einem kleinen sowohl wie einem großen und mächtigen, freistehen sollte, seine Regierungsform und seinen Entwickelungsgang unbehindert, unbedroht und unerschrocken selbst zu bestimmen. Ich schlage vor, es mögen in Zukunft alle Völker unterlassen, sich in Bündnisse zu verwickeln, die sie in den Wettbewerb um die Macht hineintreiben, sie in ein Netz von Ränken und Nebenbuhlerschaft verstricken und ihre eigenen Angelegenheiten durch Einflüsse verwirren, die von außen hineingetragen werden. In einem Konzert der Mächte gibt es keine verwickelten Bündnisse. Wenn sich alle vereinigen, um in demselben Geiste zu demselben Zwecke zu handeln, so wirken alle im gemeinsamen Interesse und genießen die Freiheit und ihr eigenes Leben unter gemeinsamem Schutz. Ich schlage vor: eine Regierung unter Zustimmung der Regierten, jene Freiheit der Meere, die in einer internationalen Konferenz auch andere Vertreter des Volkes der Vereinigten Staaten mit Verehrsmittel als überzeugte Anhänger der Freiheit verfochten haben, und eine Beschränkung der Rüstungen, die aus dem Heere und der Flotte lediglich ein Werkzeug der Ordnung, nicht aber ein Werkzeug für den Angriff oder eigensüchtige Gewalttätigkeit macht. Dieses sind amerikanische Grundsätze und amerikanische Richtlinien. Für andere können wir nicht eintreten, und es sind die Grundsätze und Richtlinien vorausschauender Männer und Frauen aller Orten in jedem neugeklitschen Volk in jedem aufgeklärten Gemeinwesen. Es sind die Grundsätze der Menschheit, und sie müssen zur Geltung gelangen.

Was sagt England dazu?

Berlin, 23. Jan. Der Text der Botschaft des Präsidenten Wilson an dem Senat ist der deutschen Regierung von dem hiesigen amerikanischen Botschafter Gerard heute überreicht worden.

*

„Klingende Beredsamkeit ohne unmittelbare Brauchbarkeit"

Wien, 23. Jan. In Besprechung der Botschaft des Präsidenten Wilson an den Senat erkennen die Blätter an, daß Wilson aufrichtig und ehrlich bestrebt sei, für die Beendigung des Weltkrieges und die Vorbereitung des Weltfriedens einzutreten. Sie betonen, daß sich Oesterreich-Ungarn mit der Annahme seiner Grundsätze, insbesondere der Freiheit der Meere, einverstanden erkläre. Ebenso weisen die Blätter darauf hin, daß die Anschauungen Wilsons über die Nationalitäten und über ihre Zugehörigkeit zu den Staaten Oesterreich-Ungarn gestatte, mit stolzem Bewußtsein zu sagen, daß die Nationalitäten, die in der Monarchie vereinigt leben, sich nie von ihr fortsehnten.

Die Blätter verweisen schließlich darauf, daß manche Punkte in der Botschaft Wilsons der Aufklärung bedürfen. Wilson hält es für die Herstellung eines dauernden Friedens für notwendig, daß es weder Sieger noch Besiegte im Weltkriege geben solle. Da sich aber manche seiner Ausführungen deuten lassen, als ob er sich in vielen Fragen auf den Standpunkt der Antwort der Entente stellen würde, in der bekanntlich die Auflösung Deutschlands, die Vernichtung der Türkei, die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns verlangt wird, scheint hier ein kaum verständlicher Widerspruch vorzuliegen. — Die „Neue Freie Presse" schreibt:

Wir bekommen Andeutungen auf die Zukunft, die in der Gegenwart nicht fällig und nicht einlösbar sind. Der amerikanische Friede ist klingende Beredsamkeit ohne unmittelbare Brauchbarkeit. Er würde den Krieg nicht abkürzen, sondern verlängern, weil er in wenig verschleierten Andeutungen eine Kontrollung

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 23. Jan., abends. (Amtlich.) Im Westen nur geringe Gefechtstätigkeit.

An der Ostfront ist südwestlich von Riga der Artilleriekampf aufgelebt.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 23. Jan. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz

Die Bulgaren gewannen bei Tulcea das Nordufer des Sankt Geor-Armes. An der unteren Putna wurden russische Vorstöße abgewiesen. Ebenso fühlten südlich des Casinu-Tales feindliche Abteilungen vergeblich in unsere Stellungen vor.

Bei der Armee des Generalobersten v. Koeveß stellenweise lebhafterer Geschützkampf. Weiter nördlich ist bei den k. u. k. Truppen nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz

Nächst Görz nahmen unsere Jagdkommandos einen feindlichen Graben, brachten 3 Offiziere und 134 Mann als Gefangene ein und erbeuteten 3 Maschinengewehre. Sonst ist die Lage unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Europas vorschlägt, Umwälzungen, die noch weitere Millionen von Menschenleben kosten müßten.

Im „Neuen Wiener Journal“ heißt es:

Wilson enthüllt sein wahres Antlitz. Er will den anderen Nationen zu Hilfe kommen, wie er selbst sagt. Welche Nationen meint er? Daß er darunter die Zentralmächte meint, ist nach dem ganzen Geiste der Botschaft wohl nicht anzunehmen. Wilson ist nur für einen amerikanischen Frieden für Europa. Die Zentralmächte sind nur für einen gerechten Frieden, der dem Ursprung des Krieges und der künftigen Sicherung unseres eigenen Lebens entspricht. Zwischen diesen beiden Friedensarten scheint jedenfalls ein großer Unterschied zu bestehen.

Riesige Schadenersatzansprüche Englands gegen die Vereinigten Staaten

New-York, 23. Jan. (Funkspruch des Vertreters von W. T. B.) „Evening News“ erfährt aus Washington, daß vor 2 Wochen der britische Botschafter im Staatsdepartement eine Note überreicht habe, in welcher England aufsehenerregende Beschuldigungen gegen die Vereinigten Staaten erhebt, weil sie als absichtliche Nachlässigkeit gestattet haben, daß deutsche Verschwörungen auf amerikanischem Boden geplant und zur Reife gebracht wurden. Weiter wird gesagt, die Note lege den Grund, um nach dem Kriege riesige Schadenersatzansprüche gegen die Vereinigten Staaten vorzubringen wegen angeblicher Verletzung der Neutralität. Die Meldung schließt mit der Angabe, es sei nicht sicher, ob dieser englische Schachzug den riesigen Schadenersatzansprüchen gegen England vorgreifen solle, die wegen der ungesetzlicheren Einmischung in den amerikanischen Handel beständen. Es sei allgemein bekannt, daß diese Ansprüche jetzt zwischen ½ bis ¾ Milliarden betrügen.

„New-York American“ meldet aus Washington, daß der Angriff des amerikanischen Botschafters in Rußland auf die Beschlüsse der Alliierten auf der Pariser Wirtschaftskonferenz, der aus den Telegrammen aus Petersburg gestern bekannt wurde, ungewöhnliches Interesse erregte und hier als ermächtigte Kundgebung Amerikas angesehen werde, das Handelsprogramm der Alliierten zu bekämpfen, falls versucht werden sollte, es auszuführen.

Schweden wird seine Selbständigkeit bis zum äußersten verteidigen

Stockholm, 23. Jan. In der ersten Kammer hob der Abgeordnete Trygger (Führer der Rechten) die Verdienste der Regierung hervor, die dazu beigetragen haben, daß Schweden sich vom Kriege habe fernhalten können, und mitgewirkt habe, daß Schweden in den anderen neutralen Ländern als Vorbild anerkannt und beachtet sei. Wenn irgend eine Macht versuchen wollte, Schweden zum Verlassen seiner Neutralität zu zwingen, sollte sie bedenken, daß sie dann einem Volk begegnen würde, das seine Selbständigkeit bis zum äußersten zu verteidigen wisse. An dem Haushaltsentwurf übte der Redner in gewisser Hinsicht Kritik. Der Führer der Liberalen Kvarnzelius erklärte, die liberale Partei schließe sich der unerschütterlichen Neutralitätspolitik der Regierung an und sei überzeugt, daß die Regierung den ehrlichen Willen habe, diese auch fernerhin aufrechtzuerhalten.

Weitere Redner der Liberalen und der Sozialdemokraten übten gleichfalls Kritik am Budget und an der inneren Politik. Dagegen sprachen sie mit Genugtuung von den Plänen zur Preisregulierung. Nachdem die Kritiken vom Finanzminister beantwortet worden waren, wurde die Sitzung geschlossen.

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 22. Januar. Heeresbericht vom 21. Januar:

Oestlich von Kut-el-Amara nahm der Feind während der ganzen Nacht zum 19. Januar die von uns geräumte Stellung unter das Feuer seiner leichten und schweren Artillerie und griff am folgenden Morgen diese Stellung mit einer Infanteriebrigade an. Bei dieser Gelegenheit wurde der Feind von uns unter Flankenfeuer genommen und erlitt dadurch schwere Verluste.

Persische Front: Eine feindliche Abteilung griff uns in der Gegend Dauled-Abad an, wurde jedoch abgewiesen und zog sich in Richtung auf Diz-Abad zurück. Auf den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Französischer Heeresbericht

vom 22. Januar nachmittags: Auf dem rechten Ufer der Maas griffen die Deutschen nach heftiger Beschießung gestern Abend unsere Gräben nördlich vom Courières-Walde an. Zweimal brach unser Artillerie- und Maschinengewehrfeuer die feindlichen Angriffe. Unsere Linien wurden vollständig gehalten. Der Artilleriekampf war während der Nacht im Abschnitt des Pfefferrückens lebhaft. In Lothringen und Elsaß Patrouillengefechte. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Vom 22. Januar abends: Der Tag war verhältnismäßig ruhig, außer auf dem rechten Maasufer, war die Artillerietätigkeit in den Abschnitten von Douaumont und vom Courières-Gehölz wieder sehr lebhaft, sowie in den Vogesen bei La Chapelette.

Russischer Heeresbericht

vom 22. Januar: Westfront: In der Richtung Kowel beschoß der Feind unsere Stellung an der Front Rudka-Mirinska-Velitzk, worauf er mit kleinen Abteilungen vorging und in unsere Gräben zwei Werst südlich von Rudka Mirinska eindrang. Er wurde jedoch durch herbeigeeilte Verstärkungen wieder daraus vertrieben. Südlich von Brody beschoß der Feind im Laufe der Nacht unsere Stellung bei Doube, Batkouff und Gukalowe, sowie an der Chaussee Tarnopol-Zloczow.

Rumänische Front: Versuche des Feindes, im Tale des Oitoz vorzugehen, wurden durch unser Feuer angehalten. An der übrigen Front Feueraustausch.

Kaukasusfront: Die Offensive zweier türkischer Bataillone gegen unsere Abteilungen östlich von Kemakh wurde zurückgewiesen.

Schwarzes Meer: Eines unserer Unterseeboote versenkte in der Nähe des Bosporus einen feindlichen Dampfer und neun Segelschiffe.

Deutsche und österreichisch-ungarische Waren für Bulgarien

Sofia, 23. Jan. Gestern ist hier der erste Zug des Maritza-Transportes eingetroffen, der für Bulgarien bestimmte Waren aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn bringt.

Deutsche Torpedostreitkräfte im Kampfe mit englischen leichten Streitkräften

Berlin, 23. Januar. (Amtlich.) Bei einer Unternehmung von Teilen unserer Torpedostreitkräfte kam es am 23. Januar früh in den Hoofden zu einem Zusammenstoß mit englischen leichten Streitkräften. Hierbei wurde ein feindlicher Zerstörer während des Kampfes vernichtet, ein zweiter nach Gefecht von unseren Flugzeugen in sinkendem Zustande beobachtet. Von unseren Torpedobooten ist eines durch erlittene Havarie in Seenot geraten und hat nach eingegangenen Meldungen den holländischen Hafen Ymuiden angelaufen. Unsere übrigen Boote sind vollzählig mit geringen Verlusten zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die neue „Möwe“

Bern, 22. Jan. Die französische Presse erklärt im allgemeinen, daß die von dem deutschen Hilfskreuzer angewandten Aufbauten zur Unkennbarmachung Seeräuberei sei. — „Figaro“ wendet sich gegen diese Auslegung und sagt, man solle sich über so ernste Fälle nicht lustig machen. Es handele sich um rechtlich durchaus zulässige Kriegslisten.

Bern, 22. Jan. Wie das „Petit Journal“ aus Rio de Janeiro meldet, haben der brasilianische Präsident und der Minister des Aeußern angesichts der verschärften Kriegstätigkeit in der Nähe der Küste beschlossen, die Ueberwachung der nordbrasilianischen Küste durch die sofortige Entsendung des Küstenpanzerschiffes „Deodoro“ anzuordnen.

„Nicht nur durchhalten, sondern siegen!“

Wien, 22. Jan. Wie die Parlamentskorrespondenz meldet, fand gestern eine Tagung der Vertrauensmänner der Deutschen Arbeiterpartei statt, die ihrer einmütigen Anschauung dahin Ausdruck gab, daß rascheste Anbahnung der Neuordnung der Dinge in Oesterreich die unerläßliche Vorbedingung für Erstarkung und Gesundung des Staates sei, ohne welche eine Lösung der durch den Krieg in den Vordergrund gerückten und im Interesse der Gesamtbevölkerung gelegenen großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht denkbar sei. Bezüglich der Ablehnung der Friedensvorschläge des Vierbundes durch die Entente gelangte eine Entschließung einstimmig zur Annahme, in der es heißt:

Die Niederwerfung und Vernichtung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ist das ausgesprochene Kriegsziel der Feinde. Das bedeutet für uns entehrende Unterjochung, für die breiten Schichten des Volkes Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend. Infolgedessen müssen alle Volkskräfte mobilisiert werden zur Erkämpfung eines Friedens, der den in Treue verbündeten Reichen Freiheit und Sicherung nach außen, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit im Innern gewährleistet. Gleich der Arbeiterschaft des Deutschen Reiches erneuern auch wir in dieser ernsten Stunde das Gelöbnis, treu zu Kaiser und Reich zu stehen und alle unsere Kräfte zu weihen dem Kriegsdienste im Felde und in der bedrohten Heimat. Unser Losungswort heißt: „Nicht nur durchhalten sondern siegen, denn ein schwächlicher Friede bedeutet Untergang.“

Wie die Korrespondenz „Austria“ meldet, sprach der Vorstand der christlich-sozialen Vereinigung der deutschen Abgeordneten heute beim Ministerpräsidenten Grafen Clam Martinic vor, der in längerer Ansprache und in großen Umrissen die allgemeinen Richtlinien entwickelte, von denen sich die Regierung bei ihren Maßnahmen leiten lassen wird. Den obersten Leitsatz ihrer Tätigkeit werde stets die Pflege echten, wahren Oesterreichertums und Staatsbewußtseins bilden. Die Freimachung und Ebnung des Weges zum Parlament bilde eine der ersten Aufgaben, deren Lösung die Regierung anstrebe. Den Ernährungsfragen wende die Regierung ihre besonderen Bemühungen und unablässige Sorge zu, unterstützt von der dankenswerten Aufopferung der Bevölkerung.

Die Rückkehr Stürmers

Bern, 23. Jan. Der russische Botschafter in Paris gibt in der französischen Presse bekannt: Die Rückkehr Stürmers in das Ministerium des Aeußern habe nur Titularwert. — Der „Temps“, dessen Ausführungen sich mit der übrigen Presse ziemlich decken, schreibt: In allen Hauptpunkten der Kriegsführung und der Friedensfrage herrsche Uebereinstimmung zwischen dem Zaren und der Duma.

Herabsetzung der Dienstaltersgrenze in England

London, 23. Jan. Reuter meldet amtlich: Künftig werden die jungen Männer statt, wie jetzt im Alter von 18 Jahren 7 Mon., im Alter von 18 Jahren zur Ausbildung im militärischen Landesverteidigungsdienst aufgerufen. Es wird keiner bis zum 19. Jahre außer Landes verwandt. Der Zweck der Maßnahme besteht einfach darin, das Bedürfnis nach älteren Männern und gesundheitlich schwächeren Kategorien einzuschränken.

Die Nachmusterungen in Frankreich stoßen auf Widerstand

Paris, 22. Januar. Nach den nunmehr im Wortlaut vorliegenden, von der Regierung der Kammer eingereichten Nachmusterungsanträgen sollen nur die während des Krieges Schwerverwundeten und Pensionsberechtigten von der Nachmusterung frei sein. Der Gesetzantrag stieß auch in dieser Form auf lebhaften Widerstand. Das „Journal“ und das Blatt „Evernement“ erklärten, Frankreich habe bedeutend mehr Verluste gehabt, wie seine Verbündeten. Deshalb sollen diese Soldaten schicken, statt daß man in Frankreich nachmustere.

Frankreichs Wirtschaftsnöte

Bern, 23. Jan. Zur Bedarfsmittelfrage, die nach Pressemeldungen ernste Besorgis erregt, schreibt „Echo de Paris“: Die Pariser hätten sozusagen kein Heizungsmaterial, keine Kohlen, kein Gas und keinen Zucker mehr. — Nach dem „Journal du Peuple“ wurde in Amiens wegen Kohlenmangels die Lieferung von Elektrizität eingestellt.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 23. Januar 1917.

Am Ministertische: Dr. Sydow.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Er erhielt die Ermächtigung, dem König die Glückwünsche des Hauses zum Geburtstage zu übermitteln.

Der Gesetzentwurf, wonach die Geltungsdauer der Verordnung über die Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer vom 7. Juli 1915 auf das Jahr 1917 erstreckt werden soll, wurde in erster und zweiter Beratung ohne Erörterung angenommen.

Der Antrag der Abgg. von Heydebrand (Kons.) und Gen., betreffend Abänderung der Geschäftsordnung dahin, daß der Präsident die Reihenfolge der Redner bestimmt, wurde ohne Erörterung angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend

Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses.

Nach der Regierungsvorlage werden für jeden Tag, an dem ein Mitglied des Hauses der Vollsitzung fernbleibt, von dem nächstfälligen Betrage 20 Mark in Abzug gebracht. Nach den Beschlüssen der Kommission soll der Abzug nicht stattfinden für Tage, an denen ein Mitglied an einer Ausschußsitzung teilgenommen und sich in die Anwesenheitsliste des Ausschusses eingetragen hat, oder an denen ein außerhalb Berlin wohnendes Mitglied durch Krankheit an der Teilnahme an einer Sitzung verhindert war.

Die Beschlüsse der Kommission wurden auf Antrag Arend (Freikons.) gestrichen, und im übrigen der Gesetzentwurf angenommen.

Es folgte die zweite Beratung der [illegible]

Hiberniavorlage.

Die Kommission beantragte unveränderte Annahme der Vorlage, aber die Regierung zu ersuchen, der Staatshaushaltskommission zur Beratung des Bergetats bekanntzugeben, den Wortlaut der Verträge zwischen der staatlichen Bergbauverwaltung und dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat über den Beitritt des Fiskus zum Syndikat, ferner der vom 1. 4. 17 an giltigen Satzung des Kohlensyndikats sowie seiner Verträge mit den angeschlossenen Zechen und Handelsgesellschaften und schließlich, wie das Gutachten über die Hibernia-Bergwerksgesellschaft zustande kam.

Abg. Schmedding (Ztr.): In diesem Falle, wo der Staat durch den Erwerb der Hibernia einen größeren Einfluß auf das Kohlensyndikat erhält, werden wir trotz unserer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Verstaatlichung von Bergwerken für die Vorlage stimmen.

Abg. Schrader (Freikons.) trat ebenfalls für das Gesetz ein.

Abg. Oeser (Fortschr. Vpt.): Der Preis für den Ankauf ist ein angemessener. Die Anteilseigner erhalten nur ihr ausgelegtes Geld. Bei den Schwierigkeiten der Kohlenversorgung ist es notwendig, daß der Staat auf die Preispolitik Einfluß erhält. Wir stimmen der Vorlage zu.

Abg. Marco (Natl.) erklärte sich gleichfalls für die Vorlage.

Handelsminister Dr. Sydow: Die Form der Aktiengesellschaft für die Hibernia soll nur für die Übergangszeit gelten. Später soll das Werk ganz in staatliche Verwaltung übernommen werden. Selbstverständlich verfolgt der Staat nicht einseitig fiskalische Interessen. Er muß aber auch die bergbaulichen Interessen im Auge behalten. Wir werden durch den Ankauf der Hibernia mehr als bisher mäßigend auf die Preisbildung des Kohlensyndikats einwirken können.

Abg. Hue (Soz.) begründete einen Antrag Braun. Dieser verlangt künftig Angaben in den Betriebsberichten der Bergbau-Verwaltung über die Kohlenförderung der Hibernia, über die Erlöse, Ausgaben und Überschüsse für die Tonne abgesetzter Kohle mit Berücksichtigung der Lohnkosten für die Tonne, über die insgesamt ausgelegte Lohnsumme, über die durchschnittlich durch den Arbeiter gemachten Schichten. Der Redner bemerkte ferner: Der Preis für die Erwerbung der Hibernia ist viel zu hoch. Die Folge wird ein Druck auf die Löhne der Arbeiter sein. Wir lehnen die Vorlage ab.

(Schluß in der Nachmittags-Ausgabe.)

Der neuernannte päpstliche Nuntius

am bayerischen Hofe Msgr. Averea ist gestern mittag vom König und darauf von der Königin in Audienz empfangen worden.

Fürsorge für die Kriegsgefangenen in Sibirien

Newyork, 22. Januar. (Funkspruch des Vertreters des W. T. B.). Die Kriegsgefangenenfürsorge in Newyork teilt mit, sie habe dem Hilfskomitee in Tientsin telegraphisch 107 000 amerikanische Dollars zu Weihnachtsgeschenken, Nahrungsmitteln und Winterkleidung für die Kriegsgefangenen in Sibirien überwiesen. Aus dem ersten Jahresbericht ergibt sich, daß bereits vorher 300 000 Dollars überwiesen worden sind.

Indiens Vertreter zu den Sitzungen des Kriegskabinetts

London, 23. Jan. Der Staatssekretär für Indien teilt mit, daß er, wenn er zu den besonderen Sitzungen des Kriegskabinetts als Vertreter Indiens zugezogen werde, zwei Gehilfen haben wird, die speziell für diesen Zweck ernannt werden würden. Auf den Rat des Generalgouverneurs wurden die Gouverneure der Provinzen Agra und Oudh, Sir James Meston und Sir Satyendra Prasanna Sinna, dafür in Aussicht genommen. Ferner wird dem Staatssekretär einer der eingeborenen indischen Fürsten zur Seite stehen.

Kohlennot in Norwegen

Kristiania, 22. Januar. „Aftenposten“ zufolge ergab die vom Verein privater Kohlenimporteure vorgenommene Zählung in den hiesigen Lägern seiner Mitglieder, daß insgesamt nur 5 000 Tonnen Kohlen und knapp 4 000 Tonnen Koks vorhanden sind, was dem Staatsminister und dem Proviantierungsminister heute mitgeteilt wurde. Außerdem fragte der Verein bereits am 18. Januar bei der städtischen Proviantierungskommission an, ob die staatlichen Reservelager der städtischen Bevölkerung nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Außerdem fragte der Verein bei der Gewerksdirektion an, ob sie zu Unterhandlungen betreffend Maßnahmen zur Verminderung der Schwierigkeiten bereit sei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191701242-19/fragment/page=0002

Deutschland und die französischen Kolonien

Wenn auch die Dauer des Krieges sogar auf die französischen Federhelden etwas ernüchternd gewirkt hat, so können sie sich doch selbst jetzt noch nicht genug daran tun, Deutschland und besonders den Kaiser als den Inbegriff der Ländergier hinzustellen. „Wilhelm Imperator Rex, der Herr der Welt", das ist in der französischen Hetzpresse noch heute das Schreckbild, mit dem man die allgemeine Feindseligkeit zu vertreiben sucht. Auf uns und alle, die sich doch von französischer Phraseologie fern halten können, kann diese Behauptung nur höchstlich wirken angesichts der Tatsache, daß kein anderes Land der Erde seit 1870 so viel Land unter seine Fittiche gebracht hat wie eben dieses Frankreich. Es noch nicht 40 Jahren hat es den Umfang seines Kolonialgebietes verneunfacht, es von knapp 1 Million auf über 9 Millionen Quadratkilometer gebracht, und ist damit — gesehen von Rußland — das erste Kolonialland der Erde noch England geworden. Und mag die Kritik im einzelnen noch so viel an der bürokratisch-militärischen Wirtschaft in den französischen Kolonien auszusetzen berechtigt sein, so ist doch nicht zu leugnen, daß im großen und ganzen namentlich in den afrikanischen Schutzgebieten recht Gutes geleistet worden ist. Ein großer Zug lag in der Art, in der Frankreich Ende des 19. Jahrhunderts sein Einflußgebiet vom Westen Afrikas immer weiter nach Osten vorschob und den Kolonien eines vom Atlantischen Ozean zum Roten Meer reichenden französischen Afrika zu verwirklichen sich anschickte, als es vor der harten englischen Faust bei Faschoda zurückwich. Eifersüchtig hat Frankreich allerdings immer darüber gewacht, daß das Fett seiner Kolonien ihm vorbehalten blieb, daß in einem freien Spiel der Kräfte war fast nirgends die Tür, und die „offene Tür" blieb nichts als eine Redensblüte. Dieses beweist treffender diese chinesenhafte Abschließung der französischen Kolonien als die Tatsache, daß an ihrem Ende, der in den letzten Jahren sich auf 2¼ Milliarden belief, Deutschland mit noch nicht 100 Millionen beteiligt war. Das Viertel Afrikas, das sich in französischem Besitz befindet, war mit Ausnahme Dahomeys der deutschen Wirtschaft praktisch nahezu verschlossen.

In Frankreich hat jetzt eine sehr starke Bewegung eingesetzt, die ähnlich wie in England darauf hinzielt, die Kolonien wirtschaftlich, militärisch und politisch in ein engeres Verhältnis zum Mutterland zu bringen, die Kolonien noch mehr zu „nationalisieren" und sie dem fremden Einfluß endgültig zu verschließen. Ob das wirtschaftlich möglich sein wird, kann dahingestellt bleiben und für Deutschland auch mehr oder weniger gleichgültig bleiben: denn der Gesamtverlust Deutschlands nach dem riesigen französischen Kolonialzuwachs belief sich vor dem Kriege auf knapp 15 Millionen Mark. Anders aber in politisch-militärischer Beziehung, und in dieser Beziehung ist es bereits nicht mehr nur bei Worten geblieben, sondern zu Taten gekommen, die gerade uns Deutschen allerlei zu denken geben sollten. Durch Gesetz ist nämlich kürzlich den farbigen Einwohnern Französisch-Westafrikas das französische Bürgerrecht „verliehen" worden und alsbald erschien auch die Erklärung, für diese Zeit: durch Dekret des Präsidenten ist die Aushebung der Jahrgänge 1896 bis 1917 verfügt worden! Selbst wenn man annimmt, daß die bereits während des Krieges vorgenommenen freiwilligen „Aushebungen" schon einen großen Teil der wehrfähigen „Senegalesen", stützungsweise rund 200 000 Mann, auf europäischen Boden geführt haben, so bleibt der Aushebung unter dem neuen Gesetz doch noch genügend Material vorhanden. Einschließlich des französischen Kongogebiets, aber unter Ausschluß von Marokko, verfügt Frankreich in Westafrika über reichlich 12 Millionen farbige Untertanen. Wenn auch die Militärpflicht im Kongogebiet noch nicht eingeführt ist, so ist doch anzunehmen, daß auch dies nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Dann hindert Frankreich nichts, Hunderttausende oder gar eine Million Schwarze Deutschland als neues Truppenmaterial gegenüberzustellen. Der „Matin" schätzte neulich, daß auf Grund des neuen Militärgesetzes bis zum Frühling 1917 allein 150 000 Mann neue Truppen aus Westafrika herausgeholt werden könnten. Und nicht viel günstiger für uns dürften übrigens die Verhältnisse hinsichtlich Algeriens und Tunis mit ihren 6 bis 7 Millionen Menschen liegen.

Der jetzige Krieg hat die bereits 1870/71 und im Krimkrieg gemachte Erfahrung bestätigt, daß das schwarze Menschenmaterial in der Hand der Franzosen eine nicht zu unterschätzende militärische Macht darstellt. Der westafrikanische Neger ist bei guter Führung, wie unsere Heeresberichte wiederholt festgestellt haben, ein guter Soldat, der seinen weißen französischen Kameraden kaum nachsteht. Und wenn man bei uns zu Beginn des Krieges vielfach anzunehmen geneigt war, daß die Kolonialtruppen schon aus klimatischen Gründen nicht allzu schwer ins Gewicht fallen dürften, so haben namentlich die Ereignisse um Verdun bewiesen, daß diese Annahme nur eine sehr bedingte Berechtigung hatte. Jedenfalls läßt sich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die günstige und von deutscher Seite kaum angreifbare Lage Frankreichs zu seinem nord- und westafrikanischen Kolonialreich es je länger je mehr in den Stand setzt, eigenen Menschenverlust schnell und reichlich auszugleichen. So lange Frankreich über diesen Rekrutierungsquell verfügt, bleibt es militärisch-politisch eine Gefahr für den Weltfrieden. In Westafrika hat es sich bereits ein ausgesprochenes Bahnnetz geschaffen, dessen Verbindung mit dem nordafrikanischen nur eine Frage der Zeit ist. Dann wäre es in der Lage, in wenigen Tagen Millionen zu mobilisieren und sie alsbald auf einen deutsch-französischen Kriegsschauplatz zu werfen. Mögen deshalb die Veränderungen, welche der Frieden auf der europäischen Landkarte hervorbringt, sein welche sie wollen: militärisch ist Frankreich nicht zuletzt in seinen Rekrutierungsländern zu treffen, vorab in Westafrika!

Provinz Sachsen und Umgebung

Telegrammwechsel zwischen dem Herzog von Anhalt und dem Kaiser

Seine Hoheit der Herzog hat an Seine Majestät den Kaiser aus Anlaß der Kaiserlichen Botschaft an das deutsche Volk folgendes Telegramm gerichtet:

Eurer Majestät Aufruf an das deutsche Volk hat mit seinen erhebenden und kraftvollen Worten in meinem Herzen und wie überall im Reiche so auch in meinem Lande lebhaftesten und wärmsten Widerhall gefunden. Meine Anhaltiner werden in fester Entschlossenheit und unerschütterlicher Siegeszuversicht draußen im Felde weiter kämpfen, daheim aber in bewährter Treue und einmütiger Opferwilligkeit zusammenstehen, bis der Feind niedergeworfen und ein ehrenvoller Friede errungen ist.

Dessau, 19. Januar 1917. **Friedrich.**

Auf dieses Telegramm ist von Seiner Majestät dem Kaiser folgende Antwort eingegangen:

Ich danke Dir herzlich für den Ausdruck der begeisterten Zustimmung, die mein Aufruf des deutschen Volkes zu verdoppelter Kraftanstrengung und Opferwilligkeit im Kampfe für das Vaterland bei Dir und Deinen treuen Anhaltinern gefunden hat. Mit Gottes Hilfe muß uns das große Werk gelingen. **Wilhelm.**

Lebens- und Genußmittelfragen

Die Fischnahrung

Unter dem Namen Kriegsfischindustrie Elbe, G. m. b. H., wurde in Altona eine neue Gesellschaft mit einem Kapital von 445 000 Mk. gegründet. Das Unternehmen wird sich mit der Verarbeitung frischer Seefische und frischer Heringe während des Krieges nach Maßgabe der Bestimmungen des Reichskommissariats für Fischversorgung beschäftigen.

*

d. **Halberstadt**, 23. Januar. (Fleisch ohne Fleischmarken). Im November v. Js. war der Fleischerlehrling G. von dem hiesigen Schöffengericht zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er seinem Meister Fleisch entwendet und dieses ohne Fleischmarken, aber gegen Empfangnahme des Höchstpreises an hiesige Einwohner verkauft hatte. Den Erlös hatte er natürlich für sich behalten. Gleichzeitig war gegen die Käufer des Fleisches Anklage wegen Hehlerei erhoben worden. Die Leute hatten sich mit ihrem guten Glauben entschuldigt und auch tatsächlich erreicht, daß die Anklage wegen Hehlerei fallen gelassen wurde. Immerhin hatte das Gericht wegen Entnahme von Fleisch ohne Fleischmarken Geldstrafen in Höhe von 30—120 Mk. gegen sieben Käufer ausgesprochen. Zweien von ihnen, die zu 100 bezw. 120 Mark verurteilt waren, dünkte die Strafe zu hoch, weshalb sie Berufung einlegten. Die Strafkammer ermäßigte denn auch die Strafe auf 30 bezw. 40 Mark.

W. **Koburg**, 23. Jan. (Aus dem Wucherkapitel). Bis der Magistrat bekannt gibt, ist dem Kaufmann Viktor Spindler hier wegen Wuchers der Handel im deutschen Reichsgebiet ab 1. Februar untersagt worden. Spindler wurde jüngst wegen übermäßiger Preisforderung beim Verkauf von Marmelade zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Krankheiten, Unglücks- und Todesfälle

Blankenburg, 23. Januar. (Aus Schwermut) erschoß sich der 54jährige Rentner Otto Neumann, der das Hinscheiden seiner Lebensgefährtin nicht überwinden konnte.

W. **Zeulenroda**, 23. Jan. (Schwer verunglückt). In den Lochmannschen Werken wurde einem Arbeiter, als er eine im Gange befindliche Maschine ölte, die linke Hand abgerissen. Der Verunglückte mußte dem Greizer Krankenhaus zugeführt werden.

— **Dessau**, 23. Januar. (Zum Familiendrama in Kochstedt) verlautet noch, daß allem Anscheine nach die ganze Familie mit Ausnahme des ältesten Sohnes, der seinen Eltern Kummer bereitet hat, was auch der Anlaß zu der grausigen Tat gewesen sein soll, im Einverständnis gehandelt hat. Es sollen Aufzeichnungen, aus denen dies hervorgeht, vorhanden sein. Die Kinder Max, Ella und Otto lagen mit Schußwunden tot auf dem Sofa, während die Mutter in knieender Stellung vor diesem, einen Strick um den Hals geschlungen, ihr Leben ausgehaucht hatte. Der Ehemann hatte auch versucht, sich durch einen Schuß in den Kopf zu töten; der Schuß muß aber nicht gut getroffen haben, denn er griff noch zum Strick, wurde jedoch noch lebend abgeschnitten. Inzwischen befindet er sich im Krankenhause hier und man hofft, ihn am Leben zu erhalten. Der älteste Sohn, der vom Vater nicht erst am Dienstag, sondern schon vor einer Woche in der Mulde ertrinkt werden sollte, ist nicht auffindbar. Bis vor einigen Tagen befand er sich im Kreiskrankenhause in Behandlung an den Folgen des Sturzes in das eiskalte Wasser der Mulde.

Diebstähle und andere Straftaten

— **Merseburg**, 23. Januar. (Eine neue Einbrecher- und Diebesbande) ist jetzt hier ermittelt und festgenommen worden. Es handelt sich um 10 Personen aus dem Kreise Merseburg und der Stadt Halle. Sie raubten in den letzten Tagen erneut massenhaft Lebensmittel und Lebensmittelkarten.

— **Thale**, 23. Januar. (Ein Gauner in feldgrauer Uniform) versuchte der einigen Tagen auch hier in bekannter Weise eine Kriegerfrau zu beschwindeln. Er kam zu der Frau des Landsturmmanns Wiepschek, überbrachte Grüße von diesem und teilte mit, W. liege zurzeit im Reservelazarett in Dessau und lasse dringend um Uebermittelung von Stärkungsmitteln (Wurst, Eier usw.) bitten. Frau W. traute diesen Angaben jedoch nicht und händigte dem Feldgrauen nichts aus, zog vielmehr erst Erkundigungen in Dessau ein, die auch ergaben, daß sich Wiepschek nicht in Dessau befinde. Da der Schwindler jedenfalls auch bei anderen sein Glück versuchen wird, seien Kriegerfrauen hierdurch gewarnt.

Nachdruck verboten.

Wem bleibt der Sieg?

[5] Roman von Kurt Ecberg (A. v. Renthe-Fink).

Endlich durfte man ihr den Hut aufsetzen. Aber dann mußte er wieder herunter. Sie wollte nicht in den Garten. Sie wollte ins Damenzimmer. Dahinein kam James nie.

Langsam schlich sie die Treppe hinunter. Es war mehr Unlust als Mattigkeit. Frau Peacock saß in der Halle, durch die sie den Weg nehmen mußte, und häkelte. Sie häkelte eine lange baumwollene Spitze, zehn Zentimeter breit. Ihr prüfender Blick traf sie. Da der liebe John gerade sein Morgenbad nahm, konnte sie nicht gegen den Stachel löken, stand auf, ging zu Lizzy hin und sagte:

„Sie sehen heut so sehr blaß aus. Ist Ihnen nicht ganz wohl?"

„Oh, ganz wohl, danke."

„Vielleicht nehmen Sie einige von meinen Pfefferminzplätzchen?"

„Nein, danke."

„Oder einige Lakritzenbonbons?"

„Ich danke, ich habe sie nicht nötig."

„Entschuldigen Sie bitte mein freundschaftliches Interesse, es kommt wirklich aus dem Herzen."

„Ich sehe. Danke sehr." Damit ging sie.

Das Damenzimmer war klein. Es standen einige Möbel darin, geschmückt Holzgerüste mit Polstersitzen, die von Damast übersponnt waren. Meergrüner Damast, wie der Pfefferbaum. Nur die roten Effekte fehlten.

Aus dem Zimmer führte eine Glastür mit bunten Mustersen unmittelbar auf die Terrasse. Die Sonne stand im Zenit: ihre Strahlen gingen steil zur Erde. Kein leuchtender Faden stahl sich herein, und doch lag ein Blenden in der Luft, das den Augen wehe tat.

Das Zimmer war kühl; vielleicht hatte man durch Zimmer mit Eis die Temperatur gedrückt.

Anfänglich wollte sich Lizzy in die Tiefe des Zimmers zurückziehen; dann sah sie es aber vor, sich ans Fenster zu setzen.

Ueber die Blumen ging ein Heben und Senken in der sonnigen Mittagsglut: viele farbenprächtige Schmetterlinge . . .

Sie starrte hinaus.

Bald flatterten ihre Gedanken wie die Schmetterlinge, scheinbar unstet, aber nicht so froh.

Manchmal war es ihr, als bebe der Erdboden unter ihren Füßen . . . dann sanken die Gedankenschmetterlinge mit einem Male wie betäubt zur Erde. Aber bald kamen sie wieder und tanzten auf und ab.

Amy hatte sie gesehen . . . Sonst niemand. Wie sollte auch jemand darauf kommen, den Strandweg zu beobachten? — Nur jemand, der lauerndes Sinnes war. Am Ende hatte Amy nach dem Spanier ausgesehen . . . Einen Spanier in der Familie zu haben! Unerträglicher Gedanke! Einen Spanier! Sie begriff es nicht. Aber das mußte von der erblichen Belastung kommen . . .

Aber . . . wenn James jemals ihre Liebe zu Charles entdeckte . . .! Dann war es aus mit allem, was sie an Glanz und Schein wenigstens noch für sich beanspruchte; aus mit der Stellung bei Hofe; aus mit dem Lordswappen.

Nein, er hatte sie nicht gesehen. Es war zu Abend gewesen, und kein Mondenschein. Aber nie wieder durfte sie so unvorsichtig sein. Selbst der Abend hat Augen, und das Meer hat Augen, und auch die betrachtende Erde.

Amy würde schweigen. Amy hatte Angst. Lächerlich! Vor ihr, der Schwachen, hatte sie Angst! Ja, die Schwachheit hat ihre verborgene Kraft.

Knirschte nicht der Kies? Ein Blick hinaus. Ein dunkles Erröten. Ihre Hand flog aufs Herz vor Freude und Schreck. Wie gebannt war sie im Anblick dessen, der da zwischen den Blumen und den Schmetterlingen den ansteigenden Fußpfad heraufkam. Jetzt war er am Fenster . . . er sah herein . . . .

Langsam neigte sie das Haupt, als laste die Hand schwülen Glückes darauf.

Er aber sah die Linie, die ihr Goldhaar umriß.

Einen Augenblick stockte sein Schritt. Er zog die Uhr . . . Noch zwanzig Minuten bis zum Frühstück. Dann wendete er den Schritt zur Tür und kam herein.

Sie sah auf, sah in seine frischen, frohen Züge.

„Sie hier, Charles? Wie dürfen Sie! Ins Damenzimmer!"

„Der Arzt hat überall Zutritt. — Ich sah Sie. Ich wollte mich nach Ihrem Befinden erkundigen. Ich war neulich sehr beglückt, daß Ihnen das Tanzfest so gut bekommen war."

Das Rot, das wie Flammen über sie dahinwehte, war schon wieder verschwunden.

„Ich habe Ihnen etwas zu sagen, Charles", murmelte sie stockend.

Sein Fuß flog auf den kleinen Tisch.

„Wir sind beobachtet worden."

Er setzte sich ihr gegenüber. „Wann!"

„Amy hat uns gesehen, wahrscheinlich von der Mauer aus."

„Uns beide? Was schadet das?"

„Charles . . . als wir an der Tabakfabrik standen . . . und . . . und das Meer betrachteten."

Er sah sie träumerisch an. „Das ist nicht angenehm", sagte er langsam.

Seine Gedanken schienen ganz wo anders.

„Sie wird nicht darüber sprechen, denke ich; ich habe es ihr eingeschärft."

„Also ist alles gut."

„Vielleicht. Wenn sie aber zu dem, den sie liebt, mehr Vertrauen hat als zu ihrer Schwester, dann ist unser Geheimnis dahin, Charles."

„Das wird sie nicht tun. Höchstens brieflich. Aber mit dem geschriebenen Wort geht man vorsichtig um.

„Wie meinst du das? Ich verstehe dich nicht.

„Nun Dicky Gibson meinst du doch."

„Ach, Charles," gab sie zurück, „das sind vergangene Zeiten. Dicky Gibson ist ausgestochen durch Don Adolfo de Castillo."

„Durch einen Spanier?!"

„Und noch dazu durch diesen."

Charles nickte nachdenklich mit dem Kopfe. „Aber das geht nicht. Das geht auf keinen Fall. Ich gehöre zu nicht zu eurer Familie, aber ich stehe euch so nahe . . . seit Kindesbeinen, Lizzy. Ich weiß alles, was euch betroffen hat. Die Geschichte mit deiner Mutter — — Das geht auf keinen Fall. Man muß es ihr sagen."

„Was?" machte Lizzy kurz.

„Das mit dem Spanier."

„Auf keinen Fall!" rief Lizzy lebhaft.

„Warum nicht, mein Kind?"

Lizzys Züge tauchten sich in Schatten.

„Ach nimm nicht jemand den Glauben, den Kinderglauben! Das hat man mit mir getan. Ich gehe daran zugrunde, Charles."

„Lizzy, süße Lizzy!" Er griff nach ihrer Hand.

„Laß nur, Charles. Du kannst es nicht ändern. Wir haben beide zu tragen und beide schwer. Wir nahmen uns ja auch den Glauben daß wir uns gleichgültig seien, Charles. Was haben wir davon? Nur noch mehr Leiden?"

„Wir haben unsere Seelen", sagte er langsam. „Die Seele ist im Gegensatz zum Körper das, was Gott im Gegensatz zu der Welt ist. Wer die Welt nicht besitzen kann, muß sich mit Gott begnügen."

Sie streckte abwehrend die Hände gegen ihn aus.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191701242-19/fragment/page=0003

Kriegslehrgang für Landwirtsfrauen und Landwirtstöchter

Im großen Sitzungssaale des Verwaltungsgebäudes der Landwirtschaftskammer zu Halle begann am Dienstag früh kurz nach 9 Uhr der von der Landwirtschaftskammer zum ersten Mal veranstaltete dreitägige Lehrgang für unsere Mitkämpferinnen im Landwirtschaftsbetriebe. Nahezu 250 Damen hatten sich dazu eingefunden, ein erfreulicher Beweis dafür, wie sehr das Unternehmen der Kammer in allen Kreisen Anklang gefunden hat, wie sehr aber auch das Streben unserer Landwirtsfrauen und Landwirtstöchter dahin geht, sich über alles zu unterrichten, was heute die Landwirtschaft bewegt.

Den Lehrgang eröffnete im Auftrage des leider durch ein Unwohlsein am persönlichen Erscheinen behinderten Herrn Präsidenten der Kammer Graf v. d. Schulenburg-Bitzenburg, der geschäftsführende Direktor, Herr Landesökonomierat Dr. Rabe, der in seinen Eingangsworten dankte, der treuen Mithilfe und Arbeit der Landwirtsfrauen gedachte und darauf hinwies, daß dieser Lehrgang dem Zweck dienen solle, ihm weiterhin diese Arbeit zu erleichtern. Wenn nicht bei dem ersten derartigen Versuch alles gleich so ausfalle, daß er allen Wünschen gerecht werde, so werden doch die Erfahrungen und die Wünsche, die aus den Kreisen der Teilnehmerinnen laut werden, dazu dienen können, bei den weiteren Vortragsunternehmen berücksichtigt zu werden. Weiterhin wurde darauf hingewiesen, daß zur Förderung der so wichtigen Frauenmitarbeit die Landwirtschaftskammer in Frl. Vibrans für die Kriegszeit eine Wanderlehrerin eingestellt habe, deren beratende Hilfe weitestgehender Inanspruchnahme empfohlen wurde, und zwar auch bei Bildung und Förderung landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine. Mit dem Wunsche, daß die drei Tage in Halle allen Teilnehmerinnen am Lehrgang vielfach Anregung bieten und nachhaltend auf die Arbeiten im häuslichen Betriebe nutzbar sein möchten, schloß der Redner.

Darauf setzte ein Vortrag des Generalsekretärs der Kammer Herrn Oekonomierat Haake, dem die Aufgabe gestellt war, die Teilnehmerinnen am Lehrgang einzuführen in die Bedingungen, an die der Betrieb der Landwirtschaft in der Provinz Sachsen gebunden ist. Nach Schilderung der Boden-, der klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden die Art der Bodennutzung im einzelnen kurz durchgesprochen. Weiterhin wurden die Einrichtungen besprochen, die seitens der Landwirtschaftskammer zur Förderung der Landwirtschaft getroffen sind. Dabei kam besonders für die Jetztzeit die beratende Arbeit aller Abteilungen und Institute zur Sprache, deren weitestgehende Inanspruchnahme dringend empfohlen wurde für alle Fälle, in denen irgendwelche Zweifel und Bedenken bestehen. Besonders betont vurde die Bedeutung des landwirtschaftlichen Schulwesens — namentlich auch der landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen für die Aus- und Durchbildung der weiblichen landwirtschaftlichen Jugend.

Im dritten Teil seines Vortrages kamen technische Fragen zur Erörterung, Fragen der Bodenbearbeitung, der Düngung — namentlich der Stalldüngerpflege —, der Saatgutherrichtung und des Saatgutbezuges, der Pflege der Saaten, der Unkrautbekämpfung. Eingehender wurde die Sicherung der diesjährigen Kartoffelernten und der Saatkartoffelbezug besprochen, die Vermehrung des Hülsenfruchtbaues, des Oelfruchtbaues — namentlich des Mohnbaues — und des Flachsbaues unter Darlegung der Rentabilitätsverhältnisse und der mit dem Anbau dieser Früchte jetzt verbundenen kleinen wirtschaftlichen Vorteile durch Zusage von kleinen Mengen stickstoffhaltiger Düngemittel usw.

An zweiter Stelle sprach dann Herr Zuchtinspektor Abl über Rindvieh- und Schweinezucht im Kriege, dann Herr Direktor Beck über die Erzielung entsprechender Legeleistungen der Hühner unter den jetzigen Verhältnissen.

Aus Halle und Umgebung

Halle, den 24. Januar

Die Ursachen der mangelhaften Obstversorgung

Von sachverständiger Seite wird geschrieben: Die schädlichen Wirkungen der auf mangelnder Sachkenntnis beruhenden Anordnungen, Verbote und Beschlagnahmen in der Obst- und Marmeladenversorgung des deutschen Volkes, die im Sommer und Herbst v. Js. von den zuständigen Reichsstellen erlassen worden sind, treten jetzt immer mehr zutage. Die deutschen Obstzüchter, insbesondere der führende deutsche Obstbauverband, der Deutsche Pomologenverein in Eisenach, lehnen eine Verantwortung für diese Mißgriffe ab. Von ihrer Seite wird an den Verordnungen des Kriegsernährungsamts und der Reichsstelle für Gemüse und Obst die schärfste Kritik geübt in der Absicht, schon jetzt für die nächste Obst- und Gemüseernte eine Besserung herbeizuführen. Insbesondere wird von ihnen gegenüber der kürzlich von dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts veröffentlichten Mitteilung, daß z. B. die Unterscheidung zwischen Tafel- und Wirtschaftsobst durch die Art der Verpackung auf den Rat von Sachverständigen zurückzuführen sei, auf das Entschiedenste bestritten, daß die Sachverständigen des Beirats der Reichsstelle für Gemüse und Obst, die doch an erster Stelle hätten gehört werden müssen, befragt worden sind. Der sachverständige Beirat der Reichsgemüsestelle, dem auch der Vorsitzende des Deutschen Pomologenvereins angehört, ist seit dem 5. September 1916 nicht wieder einberufen worden und zu den Beschlüssen und Beratungen über die Ernte von völlig unreifen Zwetschen, der Beschlagnahme und Höchstpreisfestsetzung für Zwetschen und Aepfel usw., die im deutschen Obsthandel und Obstbau die größte Verwirrung angerichtet haben, nicht hinzugezogen worden. Auf eine dahingehende Anfrage an die Reichsstelle für Gemüse und Obst kam die überraschende Antwort, daß auch diese selbst vor dem Erlaß der schädlichen Obstverordnungen des vorigen Herbstes nicht gehört worden ist. In dem Bescheid des früheren Vorsitzenden der Reichsgemüsestelle, Geh. Oberregierungsrats Tenge, der dann sein Amt niedergelegt hat, heißt es:

„Ich bedauere lebhaft, daß Ihnen Vorwürfe gemacht sind, weil Sie nicht gegen Maßnahmen wie die Pflaumenbeschlagnahme usw. Ihren Einfluß geltend gemacht haben. Leider habe ich keine Gelegenheit gehabt, den Beirat der Reichsstelle für Gemüse und Obst zu solchen Fragen zu hören, weil die Reichsstelle für Gemüse und Obst an allen diesen Verordnungen usw. unbeteiligt gewesen und nicht gehört worden ist. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst ist mit den getroffenen Maßnahmen auch nicht einverstanden gewesen."

Zahlreiche lebhafte Klagen aus allen Teilen Deutschlands über die Geschäftsführung der von der Reichsgemüsestelle eingerichteten Sammelstellen, über ungewöhnlich hohe Abzüge und Unkosten, ungenügende und nicht rechtzeitig erfolgende Unterrichtung der Lieferer und Erzeuger über diese Abzüge sind dem Deutschen Pomologenverein zugegangen. Die durch die erwähnten zweckwidrigen Verordnungen hervorgerufenen Mißstände sollen in der am 14. April d. Js. in Heidelberg stattfindenden Haupt- und Kriegsversammlung des Deutschen Pomologenvereins an der Hand eines auf Tatsachen beruhenden umfangreichen Materials eingehend erörtert werden. Die deutschen Obstzüchter wollen im Anschluß hieran Beschlüsse fassen, um an ihrem Teil dazu beizutragen, daß die Obsternte 1917 besser der Volksernährung dienstbar gemacht werde, als es leider 1916 geschehen ist.

Höchstpreise auch für Hausschlachtungen!

Vielfach ist die Ansicht verbreitet, daß das aus Hausschlachtungen gewonnene Fleisch nicht den Höchstpreisbestimmungen unterliege. Diese Ansicht ist, wie auch eine Entscheidung des Kammergerichts bestätigt, irrig.

Ein Kolonialwarenhändler hatte für seinen Haushalt zwei Schweine geschlachtet, aus dem Fleisch u. a. Leberwurst mit Mehlzusatz herstellen lassen, und zwei solcher Würste für 2 Mark das Pfund verkauft, während der zuständige Kreisausschuß den Höchstpreis für Leberwurst zweiter Sorte mit Mehlzusatz auf 90 Pfg. festgesetzt hatte. Das Landgericht verurteilte den Kaufmann wegen Höchstpreisüberschreitung. Der Angeklagte begründete seine hiergegen eingelegte Revision an das Kammergericht damit, daß eine Vorschrift des Kreisausschusses über die „Beschränkung der Abgabe von Fleisch" aus Hausschlachtungen, wie sie in den betreffenden Bundesratsverordnungen vorgeschrieben sei, nicht erlassen sei. Die Revision wurde zurückgewiesen. Unter „Beschränkung" in diesem Zusammenhang seien lediglich Bestimmungen zu verstehen, die die Abgabe von Fleisch aus Hausschlachtungen durch Festsetzung einer Höchstmenge oder eines Höchstgewichts abgrenze. Die Festsetzung von Höchstpreisen für das aus Hausschlachtungen gewonnene Fleisch ist keine „Beschränkung" im Sinne dieser Vorschrift. Der Kreisausschuß hatte Höchstpreise allgemein festgesetzt und das Fleisch hausgeschlachteter Tiere nicht ausgenommen. Die Durchführung dieser Verordnung über die Fleischversorgung würde durch solche Ausnahmen erschwert werden, weil eine Unterscheidung zwischen dem aus Hausschlachtungen und dem aus gewerblichen Schlachtungen herrührenden Fleisch und den daraus hergestellten Fleischwaren unmöglich sein würde.

— **Einfuhrverbote in Oesterreich-Ungarn.** Ueber die Ausführung der in Oesterreich-Ungarn kürzlich erlassenen Einfuhrverbotsbestimmungen sind dem Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbande nähere Mitteilungen zugegangen. Deutsche Firmen, die ihr Beteiligtsein an der Einfuhr von Waren in Oesterreich-Ungarn nachweisen können, erfahren Näheres über die bezüglichen Bestimmungen bei der Geschäftsstelle des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, Berlin W 35, Am Karlsbad 16.

Gedenket zum Geburtstag des Obersten Kriegsherrn der deutschen Soldatenheime und Marineheime an der Front!

Vermischtes

Schwere Brandkatastrophe

Düsseldorf, 23. Jan. Gestern nachmittag brach im Karthäuser Kloster „Haus Hain" bei Unterrath ein Brand aus, der sich ziemlich rasch verbreitete, und die Kirche, das Hauptgebäude und mehrere Nebengebäude ergriff. Die Düsseldorfer Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen einen derartig großen Brandherd vor, daß an eine Rettung des großen Kirchendaches schon nicht mehr zu denken war. Schlechte Wasserverhältnisse und die herrschende Kälte erschwerten die Bekämpfung des Feuers. Ein großer Teil der Dächer vom 2. Obergeschoß des Hauptgebäudes stürzte ein und verletzte sechs Feuerwehrleute, von denen 3 ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

Börsen- und Handelsteil

Devisenkurse

Berlin, 23. Januar. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
New-York	5.52	5.54
Holland	238¾	239¼
Dänemark	163	163½
Schweden	171⅜	172¼
Norwegen	165¼	165¾
Schweiz	117⅞	118⅛
Oesterreich-Ungarn	63.95	64.05
Bulgarien	79½	80½

Die Versammlung der Zechenbesitzer,

die am 22. d. Mts. in Essen stattfand, befaßte sich zunächst mit der Zusammensetzung der ständigen Ausschüsse und nahm sodann die Anmeldung der Verkaufsvereine entgegen. Die Abgabe und Entschädigung für Mehr- und Minderabsatz wurde wie bisher auf 1,50 Mk. für die Tonne und die Höhe der Strafen für jede Tonne der von den Beteiligten durch eigene Schuld nicht gelieferten Menge wie bisher auf 2 Mk. festgesetzt. Die Versammlung erledigte sodann auch die sonstigen zu Beginn des Jahres üblichen Gegenstände der Tagesordnung und setzte die Beteiligungsanteile für Februar in der bisherigen Höhe fest. Der Antrag der Gewerkschaft „Graf Bismarck" auf Erhöhung der Verrechnungspreise für ihren Groß-Koks wurde abgelehnt.

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 23. Januar. In den genugsam geschilderten Zuständen der Zurückhaltung und Geschäftsstille an der Börse hat auch heute sich nichts geändert. Der Verkehr setzte mit überwiegend festen Kursen an, doch wurde im Verlauf die Haltung wiederum schwankend bei meist leichten Abschwächungen auf allen Gebieten.

Produktenbericht

Berlin, 23. Jan. Die Drescharbeiten nehmen ihren Fortgang und werden eifrig gefördert, wozu die augenblickliche Witterung gute Gelegenheit bietet. Am hiesigen Platz verlief das Geschäft sehr still. In Industriehafer kamen einige Umsätze zustande. Am Saatenmarkt ist keine Veränderung eingetreten. Wetter: Milder, trübe.

— **Eisleber Dampfmühle Akt.-Ges. in Eisleben.** Der Aufsichtsrat schlägt der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von wieder 6 Prozent vor.

Marktberichte

Chicago, 22. Januar. Weizen: Mai 187, Juli 153⅛, Septbr. 136⅛. Mais: Mai 101⅜, Juli 99⅞, Septbr. —,—. Schmalz: Jan. 15.90, Mai 16.25, Juli 16.40. Pork: Jan. 30.40, Mai 29.20, Juli 28.92½. Rippen: Jan. 15.15, Mai 15.45. Hafer: Mai 58⅝, Juli 55⅞.

New-York, 22. Januar. Winterweizen: 201, Weizen Nr. 1 northern 223. Mais nominell. Mehl 840—860. Zucker zentrifugal 520. Kaffee Nr. 7 loco 10. W.T.B.

Letzte Telegramme

Wilsons Botschaft ein unausführbarer Traum

Genf, 23. Januar. Die Pariser Blätter erkennen die Wichtigkeit der Botschaft Wilsons an, bezeichnen den Vorschlag selbst aber als einen unausführbaren Traum. Sie stellen hinsichtlich eines Friedens ohne Sieg einen ausdrücklichen Vorbehalt und bestehen auf den notwendigen und unerläßlichen Wiederherstellungen.

Versenkt

Bern, 23. Januar. Der „Temps" berichtet, daß der spanische Dampfer „Armadi" versenkt, die Besatzung gerettet worden ist.

Die Verluste bei der Explosion der Londoner Munitionsfabrik

London, 22. Januar. (Reuter). Die Verluste von der Explosion der Ostlondoner Munitionsfabrik: Männer. Tot: [illegible] schwer verwundet: 19, leicht verwundet: 155. — Frauen. Tot: [illegible] schwer verwundet: 34, leicht verwundet: 102. — Kinder. Tot: [illegible] schwer verwundet: 19, leicht verwundet: 71. Die Unglücksstätte ist sorgfältig durchsucht worden. Man glaubt, daß diese Liste vollständig ist.

*

(Wiederholt. Schon in einem Teil der gestrigen Nachmittags-Ausgabe enthalten.)

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 23. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Nordöstlich von Armentières drangen Erkundungsabteilungen bayerischer Regimenter in die feindlichen Gräben und kehrten mit einigen Gefangenen und Maschinengewehren zurück.

Gegen unsere Stellung nordwestlich von Fromelles vorgehende englische Trupps wurden abgewiesen.

Im übrigen behinderte nur zeitweilig nachlassender Dunst die Artillerie- und Fliegertätigkeit.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Längs der Düna und nordwestlich von Luck steigerte sich vorübergehend das Artilleriefeuer.

Westlich von Dünaburg vertrieb unsere Grabenbesatzung eine russische Streifabteilung, die im Morgengrauen in die vorderste Linie eingedrungen war.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

An einigen Stellen der Waldkarpathen und des Grenzgebirges zur Moldau kam es bei sichtigem Frostwetter zu regem Artilleriekampf.

Bei Vorfeldgefechten nahmen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen dem Gegner zwischen Slanic- und Putna-Tal 100 Gefangene ab und schlugen südlich des Casinu-Tales stärkere feindliche Vorstöße zurück.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

Am unteren Putna-Laufe hatten Vorpostengefechte ein für uns günstiges Ergebnis.

In der Dobrudscha überschritten bulgarische Truppen bei Tulcea den südlichen Mündungsarm der Donau und hielten sein Norduser gegen russischen Angriff.

Mazedonische Front

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Geschäftliches

Wohnungsbeleuchtung

Die neue reizvolle und dabei billige elektrische Beleuchtung der Wohnung mit den kleinen gasgefüllten Wotan-Lampen der Siemens-Schuckertwerke findet allgemeinen Anklang. Wo immer man diese Lampen sieht, überall fällt das schöne weiße Licht der sich schnell einbürgernden Neuerung angenehm auf. Durch Füllung der Gasglocken mit Edelgas ist es gelungen, einen so wirksamen Schutz des für die Lichtverteilung besonders günstig angebrachten Leuchtdrahtes herzustellen, daß durch bessere Ausnutzung des elektrischen Stromes eine erhöhte Lichtwirkung und gleichzeitig ein Minimum im Stromverbrauch erzielt wird. Bei Bezug durch den Installateur verlange man ausdrücklich das durch die charakteristische Marke Wotan „G" (G = gasgefüllt) auf der Glasglocke geschützte Fabrikat und lasse sich nicht andere etwa als „gleichwertig" bezeichnete Fabrikate aufreden. Nur die Schutzmarke bürgt für die bekannte Wotan-Lampe Siemens & Halske A.-G.

Wetterbericht

vom 23. Januar. In ganz Mitteldeutschland hielt auch gestern bei heiterem Wetter die strenge Kälte an. Nachts hat sich indessen von Osten her Trübung und Erwärmung eingestellt. Im Dienstbezirk ist es heute früh stellenweise um 10 Grad wärmer als vor 24 Stunden. — Aussichten für Mittwoch: Neblig-trübe, mäßiger Frost, nirgends nennenswerte Niederschläge.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Simon; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Kongresse und Sport: H. Mieschner; für den übrigen Teil: Dr. Simon; für den Anzeigenteil: O. Kreibohm, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191701242-19/fragment/page=0004